

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Innenministeriums**

### **Zunahme von Wohnungseinbrüchen in Baden-Württemberg**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sich die festgestellte Anzahl von Wohnungseinbrüchen (absolut) und die Aufklärungsquote in den einzelnen Landkreisen in Baden-Württemberg seit 2010 jeweils entwickelt haben;
2. welche Gründe/Erklärungen es für diese Entwicklungen gibt;
3. welche Auffälligkeiten hinsichtlich der regionalen Verteilung der Wohnungseinbrüche festzustellen sind;
4. welche Erkenntnisse der Polizei über Auffälligkeiten bezüglich Tätergruppen, Herkunft der Täter oder Ähnliches jeweils vorliegen;
5. inwieweit die begangenen Taten der organisierten Kriminalität zuzurechnen sind;
6. wie sich ein Vergleich zwischen Baden-Württemberg und den anderen Bundesländern bei der Häufigkeitszahl der Wohnungseinbrüche, der Entwicklung der Fallzahlen und der Aufklärungsquote seit 2011 nach ihrer Kenntnis jeweils darstellt;
7. wie die deutliche Zunahme des Anteils der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Wohnungseinbrüchen zu erklären ist;
8. in welchem Umfang (absolut und in Prozent) es sich bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Wohnungseinbrüchen in den Jahren 2011 bis 2014 jeweils um anerkannte Flüchtlinge, Asylantragsteller oder lediglich geduldete Ausländer handelte;

Eingegangen: 18.03.2015 / Ausgegeben: 17.04.2015

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

9. welche Möglichkeiten sie sieht, als Maßnahme gegen Wohnungseinbrüche mehr Personal für die Bestreifung gefährdeter Wohnbezirke und für die mit der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen befassten Kriminalinspektionen einzusetzen;
10. wie sie auf die erneute Zunahme der Wohnungseinbrüche in Baden-Württemberg, insbesondere unter dem Aspekt der deutlichen Zunahme des Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger, reagieren wird.

17.03.2015

Wolf, Blenke  
und Fraktion

#### Begründung

Am Donnerstag, 26. Februar 2015, wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2014 vorgestellt.

Eine besondere Entwicklung ist wiederholt bei der Zahl der Wohnungseinbrüche festzustellen. So hat dieses Deliktsfeld im Landesschnitt um 19,4 Prozent auf 13.483 Fälle (2013:11.295) nochmals stark zugenommen. Das ist ein Höchststand im Zehnjahresvergleich. Diese Entwicklung zeigt einmal mehr, dass der Regierung nach wie vor ein schlüssiges Maßnahmenkonzept fehlt. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, dass wenigstens die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchsdiebstahl von 10,9 Prozent um 3,1 Prozent auf 14,0 Prozent gestiegen ist.

Die PKS weist insgesamt 1.258 deliktsspezifische Tatverdächtige aus. Dabei handelt es sich um 688 nichtdeutsche und 570 deutsche Tatverdächtige. Damit stieg der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen um 42,1 Prozent auf 54,7 Prozent. Im Fünfjahresvergleich hat sich die Anzahl verdoppelt.

Baden-Württemberg war in der Vergangenheit stets eines der sichersten Bundesländer. Die Zunahme der Wohnungseinbrüche verunsichert die Bürgerinnen und Bürger. Der Schutz der eigenen Wohnung hat für das Sicherheitsgefühl der Menschen oberste Priorität. Diesen Schutz zu gewährleisten ist vorrangige Aufgabe des Staates. Die Landesregierung ist gefordert, auf den Besorgnis erregenden Anstieg der Wohnungseinbrüche zu reagieren und schnellstmöglich geeignete Handlungskonzepte zu entwickeln um hier entgegenzuwirken.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 9. April 2015 Nr. 3-1212.1/88/1 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

### Vorbemerkung

Die Beantwortung erfolgt unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Innenministeriums zur Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU – Zunahme von Wohnungseinbrüchen in Baden-Württemberg (Drucksache 15/5449).

- 1. wie sich die festgestellte Anzahl von Wohnungseinbrüchen (absolut) und die Aufklärungsquote in den einzelnen Landkreisen in Baden-Württemberg seit 2010 jeweils entwickelt haben;*
- 2. welche Gründe/Erklärungen es für diese Entwicklungen gibt;*
- 3. welche Auffälligkeiten hinsichtlich der regionalen Verteilung der Wohnungseinbrüche festzustellen sind;*
- 4. welche Erkenntnisse der Polizei über Auffälligkeiten bezüglich Tätergruppen, Herkunft der Täter oder Ähnliches jeweils vorliegen;*
- 5. inwieweit die begangenen Taten der organisierten Kriminalität zuzurechnen sind;*
- 7. wie die deutliche Zunahme des Anteils der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Wohnungseinbrüchen zu erklären ist;*
- 8. in welchem Umfang (absolut und in Prozent) es sich bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen bei Wohnungseinbrüchen in den Jahren 2011 bis 2014 jeweils um anerkannte Flüchtlinge, Asylantragsteller oder lediglich geduldete Ausländer handelte;*

Zu 1. bis 5., 7. und 8.:

Die Entwicklung der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) registrierten Fallzahlen sowie die deliktspezifische Aufklärungsquote (AQ), differenziert nach den Stadt- und Landkreisen, ergeben sich aus folgender Tabelle:

<b>Stadt- bzw. Landkreis</b>	<b>Daten</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Baden-Württemberg	erfasste Fälle	7.844	8.192	8.572	11.295	13.483
	Aufklärungsquote in %	16	16,4	12,7	10,9	14
Stadtkreis Stuttgart	erfasste Fälle	790	933	882	1.025	1.277
	Aufklärungsquote in %	9,6%	21,7%	6,1%	11,4%	17,6%
Landkreis Böblingen	erfasste Fälle	320	211	271	311	427
	Aufklärungsquote in %	18,1%	9,5%	5,2%	6,4%	4,7%
Landkreis Esslingen	erfasste Fälle	331	302	414	396	669
	Aufklärungsquote in %	9,4%	9,3%	14,7%	10,9%	6,1%
Landkreis Göppingen	erfasste Fälle	140	153	155	135	278
	Aufklärungsquote in %	11,4%	6,5%	9,0%	20,0%	20,9%
Landkreis Ludwigsburg	erfasste Fälle	330	349	318	412	599
	Aufklärungsquote in %	19,4%	15,8%	11,6%	18,4%	8,7%
Rems-Murr-Kreis	erfasste Fälle	233	355	339	376	662
	Aufklärungsquote in %	12,4%	14,9%	12,7%	7,4%	8,5%
Stadtkreis Heilbronn	erfasste Fälle	49	61	70	97	250
	Aufklärungsquote in %	28,6%	24,6%	7,1%	7,2%	8,4%
Landkreis Heilbronn	erfasste Fälle	174	119	143	171	326
	Aufklärungsquote in %	13,2%	14,3%	13,3%	8,2%	3,7%
Hohenlohekreis	erfasste Fälle	45	44	80	80	71
	Aufklärungsquote in %	17,8%	15,9%	12,5%	13,8%	21,1%
Landkreis Schwäbisch Hall	erfasste Fälle	58	81	98	105	116
	Aufklärungsquote in %	19,0%	13,6%	17,3%	20,0%	12,1%
Main-Tauber-Kreis	erfasste Fälle	46	42	40	54	72
	Aufklärungsquote in %	6,5%	7,1%	22,5%	7,4%	16,7%
Landkreis Heidenheim	erfasste Fälle	33	64	77	83	97
	Aufklärungsquote in %	9,1%	17,2%	23,4%	15,7%	8,2%
Ostalbkreis	erfasste Fälle	142	148	145	170	280
	Aufklärungsquote in %	15,5%	17,6%	9,7%	9,4%	16,1%
Stadtkreis Baden-Baden	erfasste Fälle	90	79	76	68	92
	Aufklärungsquote in %	8,9%	6,3%	11,8%	13,2%	21,7%
Stadtkreis Karlsruhe	erfasste Fälle	443	361	350	752	678
	Aufklärungsquote in %	8,8%	11,6%	12,6%	4,7%	16,4%
Landkreis Karlsruhe	erfasste Fälle	305	402	336	436	442
	Aufklärungsquote in %	15,1%	21,6%	11,0%	9,6%	10,6%
Landkreis Rastatt	erfasste Fälle	179	249	220	216	279
	Aufklärungsquote in %	9,5%	10,0%	10,9%	8,8%	18,6%
Stadtkreis Heidelberg	erfasste Fälle	129	143	212	350	389
	Aufklärungsquote in %	4,7%	9,1%	12,7%	6,6%	12,9%
Stadtkreis Mannheim	erfasste Fälle	652	604	380	587	593
	Aufklärungsquote in %	29,0%	19,7%	22,1%	13,6%	26,5%
Neckar-Odenwald-Kreis	erfasste Fälle	44	58	69	69	87
	Aufklärungsquote in %	27,3%	24,1%	24,6%	20,3%	11,5%
Rhein-Neckar-Kreis	erfasste Fälle	419	429	457	670	701
	Aufklärungsquote in %	13,1%	10,3%	8,1%	9,7%	12,6%
Stadtkreis Pforzheim	erfasste Fälle	113	106	168	316	403
	Aufklärungsquote in %	14,2%	22,6%	10,1%	7,6%	12,4%
Landkreis Calw	erfasste Fälle	62	63	70	81	141
	Aufklärungsquote in %	17,7%	12,7%	11,4%	4,9%	17,7%

Stadt- bzw. Landkreis	Daten	2010	2011	2012	2013	2014
Enzkreis	erfasste Fälle	107	156	240	342	347
	Aufklärungsquote in %	8,4%	7,1%	12,1%	4,1%	11,2%
Landkreis Freudenstadt	erfasste Fälle	25	40	60	72	70
	Aufklärungsquote in %	28,0%	15,0%	16,7%	12,5%	18,6%
Stadtkreis Freiburg	erfasste Fälle	354	293	338	496	487
	Aufklärungsquote in %	13,0%	14,3%	8,6%	7,7%	15,8%
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	erfasste Fälle	225	240	292	421	539
	Aufklärungsquote in %	22,2%	12,9%	9,9%	3,6%	4,8%
Landkreis Emmendingen	erfasste Fälle	141	129	124	188	240
	Aufklärungsquote in %	32,6%	18,6%	14,5%	10,1%	30,4%
Ortenaukreis	erfasste Fälle	418	465	410	427	453
	Aufklärungsquote in %	21,5%	26,2%	16,1%	11,7%	20,1%
Landkreis Rottweil	erfasste Fälle	49	52	58	56	98
	Aufklärungsquote in %	6,1%	15,4%	24,1%	7,1%	12,2%
Schwarzwald-Baar-Kreis	erfasste Fälle	82	84	122	117	168
	Aufklärungsquote in %	22,0%	31,0%	13,1%	23,1%	11,3%
Landkreis Tuttlingen	erfasste Fälle	80	90	106	109	84
	Aufklärungsquote in %	37,5%	26,7%	13,2%	14,7%	14,3%
Landkreis Konstanz	erfasste Fälle	157	172	179	306	455
	Aufklärungsquote in %	28,7%	27,9%	19,0%	16,0%	29,7%
Landkreis Lörrach	erfasste Fälle	183	166	178	269	276
	Aufklärungsquote in %	9,3%	15,7%	19,1%	25,7%	14,1%
Landkreis Waldshut	erfasste Fälle	66	60	87	114	105
	Aufklärungsquote in %	22,7%	13,3%	11,5%	21,1%	24,8%
Landkreis Reutlingen	erfasste Fälle	134	168	200	225	219
	Aufklärungsquote in %	12,7%	6,5%	15,5%	9,8%	11,4%
Landkreis Tübingen	erfasste Fälle	86	77	129	182	157
	Aufklärungsquote in %	18,6%	16,9%	17,1%	9,3%	12,7%
Zollernalbkreis	erfasste Fälle	72	102	87	86	108
	Aufklärungsquote in %	15,3%	13,7%	19,5%	7,0%	11,1%
Stadtkreis Ulm	erfasste Fälle	81	88	121	150	139
	Aufklärungsquote in %	11,1%	26,1%	14,9%	17,3%	10,8%
Alb-Donau-Kreis	erfasste Fälle	80	91	119	191	99
	Aufklärungsquote in %	10,0%	9,9%	8,4%	22,0%	10,1%
Landkreis Biberach	erfasste Fälle	66	83	121	136	99
	Aufklärungsquote in %	6,1%	7,2%	9,1%	14,7%	8,1%
Bodenseekreis	erfasste Fälle	138	108	74	222	203
	Aufklärungsquote in %	14,5%	15,7%	23,0%	10,8%	12,8%
Landkreis Ravensburg	erfasste Fälle	108	109	109	154	128
	Aufklärungsquote in %	21,3%	24,8%	31,2%	14,9%	11,7%
Landkreis Sigmaringen	erfasste Fälle	65	63	48	72	80
	Aufklärungsquote in %	24,6%	12,7%	14,6%	9,7%	12,5%

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Fallzahlen beim Wohnungseinbruchdiebstahl im Jahr 2014 landesweit um 2.188 Fälle oder 19,4 Prozent auf 13.483 Delikte an. Die AQ beträgt 14,0 Prozent, bei vollendeten Wohnungseinbruchdiebstählen über 17 Prozent. Unabhängig davon haben auch andere Bundesländer teilweise nicht unerhebliche Anstiege der Fallzahlen zu verzeichnen, beispielsweise Bayern mit 28,6 Prozent oder 1.825 Fällen. Die Häufigkeitszahl<sup>1</sup> (HZ) beim Wohnungseinbruch in Baden-Württemberg liegt im Jahr 2014 mit 127 nach wie vor deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (185,7) aus dem Jahr 2013<sup>2</sup>. Besonders die Erhöhung der AQ um 3,1 Prozent-Punkte gegenüber dem Vorjahr deutet darauf hin, dass die bisher eingeleiteten präventiven wie repressiven Maßnahmen der Polizei zur intensivierte Bekämpfung des Phänomenbereichs zu greifen beginnen.

Bei Betrachtung der Fallzahlen insgesamt zeigt sich eine Häufung der Wohnungseinbruchdiebstähle in der Nähe von Verkehrsanbindungen zu Bundesautobahnen (BAB) wie z. B. entlang der BAB 5 (sog. Rheinschiene) und der BAB 8 sowie an den Bundesstraßen 14 und 29 im Bereich des Rems-Murr-Kreises sowie des Ostalbkreises. Auf der Achse Karlsruhe–Ulm bildet die Wirtschaftsregion Stuttgart einen Schwerpunkt. Häufig sind die bevölkerungsreichsten Gebiete wegen der Häufung potenzieller Tatobjekte am stärksten betroffen.

Aussagen zu Tätern bzw. Tätergruppierungen sind im Lichte der einschlägigen Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchdiebstahl von 14 Prozent im Jahr 2014 zu bewerten (Hell-/Dunkelfeld). Die PKS weist insgesamt 1.258 deliktsspezifische Tatverdächtige<sup>3</sup> aus. Dabei handelt es sich um 688 nichtdeutsche und 570 deutsche Tatverdächtige. Die Differenzierung in die am zahlenmäßig stärksten vertretenen Nationalitäten wird nachfolgend dargestellt:

Nationalität	Anzahl Tatverdächtiger
Deutschland	570
Georgien	134
Rumänien	85
Türkei	59
Italien	45
Serbien	41
Albanien	25
Kosovo	24
Polen	23
Bosnien und Herzegowina	22
Kroatien	19
Litauen	19
Algerien	14
Ungarn	14
Frankreich	12
Russische Föderation	11
Griechenland	11

Seit dem Jahr 2007 findet ein vergleichsweise starker Zuzug von Personen aus Südosteuropa statt, der deutliche Züge einer sogenannten „Armutsmigration“ aufzuweisen scheint. Bislang gewonnene Erkenntnisse sprechen dafür, dass die Entwicklung mitunter auch auf reisende Tätergruppen zurückzuführen ist. Die Einreise erfolgt teilweise nur zur Begehung von Straftaten, wobei die Logistik vor Ort teilweise durch ortsansässige Täter zur Verfügung gestellt wird.

Im Jahr 2014 hatten drei Verfahren der Organisierten Kriminalität und 17 Bandenverfahren Wohnungseinbruchdiebstahl zum Inhalt. Polizeiliche Erkenntnisse sprechen dafür, dass diese Tatverdächtigen überwiegend nichtdeutscher Herkunft sind und oftmals aus Osteuropa bzw. Ländern der ehemaligen Sowjetunion stammen. Die Einreise erfolgt auch hier teilweise nur zur Begehung von Straftaten.

<sup>1</sup> Anzahl der Straftaten errechnet auf 100.000 Einwohner.

<sup>2</sup> Die bundesweite Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2014 ist noch nicht veröffentlicht.

<sup>3</sup> Auswertung unter Berücksichtigung der Tatverdächtigenechtzählung.

Über die Nationalitäten der Tatverdächtigen in Verbindung mit dem in der PKS registrierten Aufenthaltsanlass sind darüber hinaus Trends erkennbar, die einen Bezug zur aktuellen Flüchtlingsproblematik haben dürften. Eine der Anfrage entsprechende Differenzierung der Tatverdächtigen sowie des jeweiligen prozentualen Anteils an den nichtdeutschen Tatverdächtigen ergibt sich aus folgender Tabelle:

<b>Tatverdächtige nach dem Aufenthaltsanlass</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Asylbewerber	15 (3,8 %)	14 (3,4 %)	43 (8,9 %)	140 (20,3 %)
Geduldete	3 (0,8 %)	7 (1,7 %)	5 (1 %)	12 (1,7 %)
Kontingent-/Bürgerkriegsflüchtling			1 (0,2 %)	1 (0,1 %)

6. wie sich ein Vergleich zwischen Baden-Württemberg und den anderen Bundesländern bei der Häufigkeitszahl der Wohnungseinbrüche, der Entwicklung der Fallzahlen und der Aufklärungsquote seit 2011 nach ihrer Kenntnis jeweils darstellt;

Zu 6.:

Die Entwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls in Baden-Württemberg sowie weiterer Bundesländer werden nachfolgend dargestellt. Hierbei ist zu konstatieren, dass die HZ für die Jahre 2013 und 2014 wegen der Bereinigung der Einwohnerzahlen nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar sind. Mit Blick auf das Jahr 2014 hat Rheinland-Pfalz wie auch der Bund die Polizeiliche Kriminalstatistik Statistik bislang noch nicht veröffentlicht.

<b>Bundesland</b>	<b>2011</b>			<b>2012</b>		
	<b>erfasste Fälle</b>	<b>HZ</b>	<b>AQ in %</b>	<b>erfasste Fälle</b>	<b>HZ</b>	<b>AQ in %</b>
Baden-Württemberg	8.192	76,2	16,4	8.572	79,5	12,7
Bayern	5.237	41,8	21,7	5.709	45,3	18,8
Berlin	11.006	318	8,1	12.291	351	6,5
Brandenburg	2.966	118,5	22,3	3.735	149,7	25,5
Bremen	3.425	518,4	10,7	3.568	539,5	11,7
Hamburg	6.482	362,8	8,3	7.094	394,4	7,9
Hessen	10.874	179,2	17,2	10.570	173,5	20,7
Mecklenburg-Vorpommern	1.334	81,2	34,6	1.413	86,4	33,1
Niedersachsen	11.811	149,2	26,2	14.598	184,5	24,7
Nordrhein-Westfalen	50.368	282,3	13,6	54.167	303,6	13,8
Rheinland-Pfalz	5.110	127,6	17,5	5.479	137	17,7
Saarland	1.665	163,6	13,8	2.031	200,4	10,8
Sachsen	3.467	83,6	30,1	3.840	92,8	26,1
Sachsen-Anhalt	2.423	103,8	31,4	2.484	107,4	29,5
Schleswig-Holstein	7.318	258,2	12,6	7.654	269,7	11,3
Thüringen	917	41	40,7	912	41,1	30,4
<b>Bund</b>	<b>132.595</b>	<b>162,2</b>	<b>16,2</b>	<b>144.117</b>	<b>176,1</b>	<b>15,7</b>

Bundesland	2013			2014		
	erfasste Fälle	HZ	AQ in %	erfasste Fälle	HZ	AQ in %
Baden-Württemberg	11.295	106,9	10,9	13.483	127	14
Bayern	6.385	51	17,1	8.210	65	15,1
Berlin	11.566	342,7	7,3	12.159	355	6,6
Brandenburg	4.001	163,3	21,5	3.991	163	20,7
Bremen	3.439	525,2	7,7	3.555	541	7,8
Hamburg	6.924	399,2	7,2	7.490	429	8,3
Hessen	10.795	179,4	19,4	10.978	182	20,6
Mecklenburg-Vorpommern	1.521	95	30,2	1.530	96	25,8
Niedersachsen	15.743	202,4	26,4	14.654	188	24,6
Nordrhein-Westfalen	54.953	313	13,6	52.794	300	15,4
Rheinland-Pfalz	5.858	146,8	15,7	–	–	–
Saarland	2.095	210,7	16	2.485	251	14,0
Sachsen	3.620	89,4	29,2	3.869	96	22,5
Sachsen-Anhalt	2.588	114,5	30,4	2.598	116	28,7
Schleswig-Holstein	7.534	268,4	10,2	7.529	267	12,6
Thüringen	1.183	54,5	28,7	979	45	35,1
<b>Bund</b>	<b>149.500</b>	<b>185,7</b>	<b>15,5</b>	–	–	–

9. welche Möglichkeiten sie sieht, als Maßnahme gegen Wohnungseinbrüche mehr Personal für die Bestreifung gefährdeter Wohnbezirke und für die mit der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen befassten Kriminalinspektionen einzusetzen;

10. wie sie auf die erneute Zunahme der Wohnungseinbrüche in Baden-Württemberg, insbesondere unter dem Aspekt der deutlichen Zunahme des Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger, reagieren wird.

Zu 9. und 10.:

Wie oben bereits ausgeführt, indiziert besonders die Verbesserung der Aufklärungsquote, dass die landesweiten bzw. an die regionale Lage angepassten Bekämpfungsmaßnahmen zu greifen beginnen. Nach wie vor ist die Bekämpfung des in Rede stehenden Deliktsbereichs priorisierter Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit im Land. Dabei werden die bestehenden Maßnahmen unter der Vornahme lageorientierter Anpassungen und unter Berücksichtigung eines ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes intensiv fortgeführt. Durch die bei allen Dienststellen eingerichteten besonderen Aufbauorganisationen zur Bearbeitung entsprechender Delikte auf örtlicher bzw. regionaler Ebene können die Ressourcen der Schutz- und Kriminalpolizei optimal genutzt werden.

Als weiterer Baustein zur Bekämpfung, insbesondere zur Unterstützung von präventiven Präsenz- und Fahndungsmaßnahmen, wird aktuell Einsatz unterstützende Software geprüft. Im kriminologischen Zusammenhang wird dies als „Predictive Policing“ bezeichnet. Durch computergestützte Auswertung verschiedener polizeilicher, nicht personenbezogener Daten sollen räumlich-zeitliche Tatwahrscheinlichkeiten antizipiert werden. Aktuell wurde das Landeskriminalamt mit der Erstellung eines Fachkonzepts beauftragt; in einem nächsten Schritt soll die Software in einem Pilotprojekt getestet werden.

Das Polizeipräsidium Einsatz stellt auch weiterhin auf Anforderung der regionalen Polizeipräsidien lageorientiert Kräfte zur Durchführung mehrwöchiger konzeptioneller und lagespezifischer Brennpunkteinsätze zum Thema Wohnungseinbruchdiebstahl sowie zur täglichen Unterstützung bei einschlägigen Kontroll- und Einsatzmaßnahmen gezielt zur Verfügung. Zur nachhaltigen Bekämpfung des Deliktsbereichs hat die Landesregierung aktuell ein „Offensivkonzept gegen Wohnungseinbruch“ beschlossen. Dieses sieht für die Umsetzung der zahlreichen Maßnahmen die Verstärkung von 226 Stellen vor, die nach den Plänen der Vorgängerregierung abgebaut werden sollten. Hierdurch soll insbesondere erreicht werden, dass den Dienststellen ausreichend Personal für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung steht.

Seit der Umsetzung der landesweiten Einführungsempfehlung des Innenministeriums und der Kommunalen Landesverbände im Herbst 1997 engagiert sich die Po-



izei im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention auf örtlicher Ebene. So werden gemeinsam mit örtlichen Netzwerkpartnern verschiedenste Präventionsmaßnahmen umgesetzt. Um gerade dieses Zusammenwirken auch im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls weiter zu optimieren, initiierte das Innenministerium am 1. April 2015 eine „Sicherheitskonferenz Wohnungseinbruch“ mit behördlichen Vertretern des Innenministeriums, der Polizei und der Kommunalen Landesverbände.

In der Gesamtschau erscheint die Verzahnung der dargestellten präventiven wie repressiven Maßnahmen unter Berücksichtigung einer konsequenten Strafverfolgung wesentlich, um weitere Ermittlungserfolge beim landesweiten Kampf gegen Wohnungseinbrecher zu generieren. Diesbezüglich stehen die Polizeien der Länder und des Bundes in engem Austausch.

Gall

Innenminister